

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 4

Artikel: GmbH Finanzen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093980>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GmbH Finanzen

Für die ungarische Bevölkerung bedeutet der Neue Wirtschaftsmechanismus vor allem die Möglichkeit, privat und halbprivat zu verdienen, zu kaufen und zu verkaufen (siehe letzte Nummer). Indessen hat er auch andere Aspekte, nicht zuletzt internationale. Darüber berichtet Prof. Revesz heute in seinem zweiten Beitrag.

Das Bankensystem

1978 begann man in Ungarn mit der Modernisierung des Bankensystems, und seither ist das frühere Kreditmonopol der Nationalbank verschwunden. Sie hat eine Zweiteilung erfahren: auf der einen Seite steht die eine zentrale Emissionsbank, welche die Geldmenge bestimmt, und auf der andern Seite stehen mehrere Kreditbanken.

Neu hinzugekommen sind ferner auch zusätzliche Handelsbanken. Sie haben am 5. Januar 1987 ihre Tätigkeit aufgenommen, die zur Hauptsache darin besteht, gewinnbringende oder gewinnverheissende Unternehmen auf einer geschäftlichen Basis zu finanzieren. Sie funktionieren als gewinnstrebige Aktiengesellschaften; Aktionäre sind der Staat als solcher, dann auch separate staatliche Betriebe und Genossenschaften. Ihre Kredite gewähren die Banken beliebigen Unternehmen, die eine Rendite versprechen. Am Aktienkapital von Han-

delsbanken können sich auch ausländische Gesellschaften beteiligen.

Schon zuvor war es zur Gründung von Kleinbanken gekommen (neun bis anfangs 1986), die etwas riskantere Kredite gewähren als die Grossbanken und dafür auch etwas höhere Zinsen fordern.

Ebenfalls als AG funktioniert die Landwirtschaftsbank, die 1985 von 1404 Agrarbetrieben und sonstigen mit der Landwirtschaft verbundenen Institutionen gegründet wurde.

Schliesslich können die ungarischen Unternehmen einander auch selber Kredite gewähren; die Laufzeit ist in diesem Falle auf maximal ein Jahr beschränkt.

Insgesamt hat sich der Charakter der Darlehenspolitik geändert. Früher wurden die Kredite unbeschadet der Ertragslage verteilt und zugeteilt, heute werden sie auf kommerzieller Grundlage gewährt: das Geld kriegt, wer damit umzugehen weiss.



Die Entlassung der alten Funktionärgarde: «Bloss wegen einer kleinen Betriebsreorganisation brauchst du deine schönen Abzeichen aus der guten alten Zeit nicht einfach wegzuschmeissen.» Ein Motiv, das auch für die neue sowjetische Kaderpolitik aktuell sein könnte.

Die Nationalbank hat 1980 erstmals einen Innovationsfonds zur Einführung neuer Technologien eröffnet, und seither haben sowohl die Staatliche Entwicklungsbank als auch einige Ministerien analoge Fonds mit variiertem Zielsetzung gegründet, unter anderem zur Exportfinanzierung. Solche Fonds können in Banken umgewandelt werden und sich so verselbständigen.

Bei der Nationalbank verbleibt das Monopol der Devisenbewirtschaftung; sie hat sich auch um die Abtragung der Schulden gegenüber dem Ausland (gegenwärtig 7,5 Milliarden Dollar) zu kümmern.

Obligationenmarkt

In Ungarn geben verschiedene Unternehmen auch Obligationen heraus, die frei erworben werden können. Letztes Jahr gab es 80 verschiedene Arten dieser Wertpapiere mit einem Gesamtwert von rund 4 Milliarden Forint (Kaufkraft 200 Millionen Franken), und 60 Prozent davon befanden sich im Besitz von beliebigen Privatpersonen aus der Bevölkerung.



«Zwecks Gründung einer Bank suche ich einen Partner mit Grundkapital.» (Karikaturen zu diesem Beitrag aus «Ludas Matyi», Budapest, 16. 2. 1987)

Der Zins liegt durchschnittlich bei 11 Prozent, die Laufzeit variiert zwischen 5 und 10 Jahren. Die Nationalbank selber gibt ihrerseits eigene Obligationen heraus: Zins 12 Prozent, Laufzeit acht Jahre.

Die Staatliche Entwicklungsbank betreibt einen Obligationenmarkt, auf dem die Wertpapiere jederzeit zum Tageskurs gehandelt werden, und eine entsprechende Institution will auch die Nationalbank schaffen. Im Auftrag von Privatpersonen besorgt ferner die Landesparkasse (OTP) den Kauf und Verkauf von Obligationen nach Kurswert.

Aussenwirtschaft

Vor Einführung des Neuen Wirtschaftsmechanismus (NEM) war der Aussenhandel ein Monopol des Zentralstaates und wurde durch das Aussenhandelsministerium gehandhabt. Seither gesteht man auch verschiedenen staatlichen Unternehmen direkte Aussenhandelsrechte zu. In ihren Genuss kommen heute rund 200 Firmen.

Seit 1972 können ungarische Unternehmen in den Bereichen von Produktion, Handel oder Dienstleistungen auch Wirtschaftsvereinigungen mit ausländischer Beteiligung bilden, in der Form zum Beispiel einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Bei solchen «gemischten» Unternehmen (Joint Venture Companies) sollte das ausländische Kapital in der Regel 50 Prozent nicht übersteigen, aber in «begründeten Fällen» kann von dieser Beschränkung abgesehen werden, und in der Praxis gilt sie eigentlich nicht mehr, weil die Ausnahmen heute zahlenmässig dominieren.

Den Wirtschaftsgemeinschaften mit ausländischer Beteiligung kommt man auf verschiedene Weise entgegen. Einmal bevorzugt man sie bei der Kreditgewährung, dann profitieren sie von Zollvergünstigungen für Maschinen und Ausrüstungen, die man in ihrem Auftrag importiert, und schliesslich senkt man ihnen die Steuern. Die Körperschaftssteuer (für juristische Personen) beträgt für sie 20 Prozent des Gewinns in den ersten fünf Geschäftsjahren und

danach 30 Prozent. Und von den bezahlten Steuern werden 50 bis sogar 70 Prozent zurückvergütet, falls der Gewinn in Ungarn selbst investiert wird, ein Verfahren also, das analog zu unserer Verrechnungssteuer funktioniert.

In Ungarn gibt es heute 70 solcher Joint-Venture-Gesellschaften. Mit dem ausländischen Kapital war ursprünglich so selbstverständlich immer nur westliches Kapital gemeint, dass sich jede Präzisierung erübrigte. Indessen gibt es seit Ende 1985 auch eine ungarisch-sowjetische Joint-Venture-Gesellschaft als gewinnorientiertes Unternehmen (die Firma Micromed in Esztergom); atypisch, aber interessant.

Ein Kuriosum anderer Art ist die Aussenhandels-gesellschaft, welche von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften unter dem Namen Akadimpex zum An- und Verkauf von Lizenzen und Erfindungen betrieben wird; zur Zeit unterhält sie Kontakte mit Japan und der BRD.

Das sowjetische Verhalten

Der Neue Wirtschaftsmechanismus (NEM) widerspricht in etlichen Aspekten der marxistisch-leninistischen Wirtschaftslehre. Zum Beispiel wären (siehe letzte Nummer) Privatbetriebe mit lohnabhängigen Arbeitskräften als kapitalistische Ausbeutung zu definieren, auch wenn es sich nur um Kleinunternehmen handelt. Zum andern Beispiel beteiligt man sich im Falle der Joint-Venture-Gesellschaften an kapitalistischen Grossunternehmen und lässt umgekehrt deren kapitalistischen Einfluss auf das Wirtschaftsleben eines sozialistischen Staates zu.

Derlei Überlegungen sind mindestens im moralischen Sinn nicht belanglos, wenn man daran denkt, dass der sozialistische Staat für seine gesamte spezifische Ordnung (etwa dem Verbot der Opposition) die Legitimation aus eben jener ideologischen Lehre ableitet, über die er sich im Bedarfsfall hinwegsetzt. Indessen ist die bloss moralische Anfechtung im Falle eines Machtmonopols leicht zu bewältigen, und die Theorie lässt sich interpretieren. Allerdings braucht man sich in Ungarn heute damit nicht

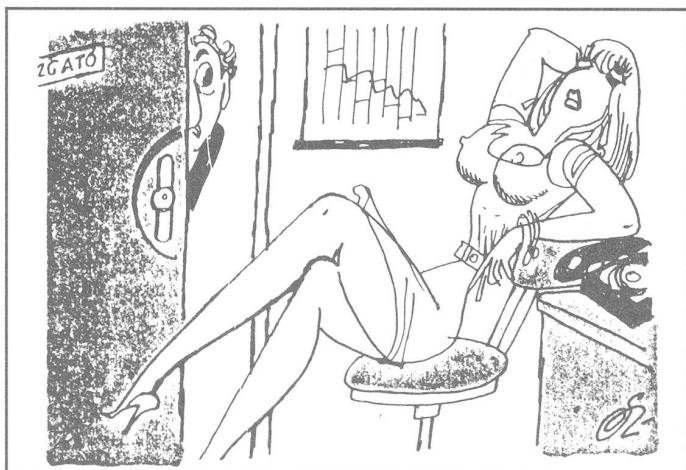
gross abzumühen, weil das Interesse an der ideologischen Vereinbarkeitsfrage allseits sehr gering ist. Tatsächlich hat man es nicht nötig, sich auf heikle Umdeutungen einzulassen, wenn man mit dem schieren Modernismus-Appeal so gut durchkommt, wie es jetzt in Ungarn der Fall ist. Zum Beispiel gehört es heute zum Sprachgebrauch, von den «ursprünglichen Auffassungen» des Marxismus-Leninismus zu reden. Das geschieht mit einer solchen beiläufigen Selbstverständlichkeit, dass niemand auf die Frage kommt, wann, wo, wie und von wem denn eigentlich diese «ursprünglichen Auffassungen» ausser Kraft gesetzt worden seien.

Die praktisch relevante Frage, wieweit der ungarische NEM sozialismuskonform sei, hat sich die ganze Zeit über anders gestellt: Würde die Sowjetunion den NEM als sozialistisch oder als antisozialistisch betrachten?

Die Realität der politischen und machtpolitischen Interessen milderte die alternative Fragestellung laufend zur bloss proportionalen Frage, wie weit das «ungarische Modell» (so weit die Ausfransung akzeptierter Prinzipien diese Bezeichnung verdient) gehen durfte, ohne den sowjetischen Führungsanspruch zu provozieren oder zu torpedieren.

In Vereinfachung lässt sich vielleicht sagen, dass die sowjetische Führung in der Brezhnev-Ära auf den ungarischen NEM kaum als Prinzipienfrage einging, solange er die Ordnung des sozialistischen Lagers nicht anfocht, und die ungarische Führung vermied selbstverständlich alles, was diesen Anschein hätte hervorrufen können. Tatsächlich hatte man in Moskau mit dem «Prager Frühling» und mit den diversen polnischen Unruhen, die 1980

Schluss auf Seite 16



«Zeitgenössisches Dilemma». Direktor zur Sekretärin: «Für den Betrieb bist du entbehrlich geworden, aber was ist dann mit mir?»

Zu verkaufen

4 1/2-Zimmer-Eigentumswohnungen

25 min ab Zürich-City in der Nähe von Seen und Bergen, sehr grosszügig konzipiert (120 m²), Garageplatz, Warmluftcheminée, Eichenholzküche, alle Zimmer Holzdecken, 2 Gartensitzplätze usw., evtl. mit Ausländerbewilligung.

Ebenso zu verkaufen

Einfamilienhaus in der Nähe von Zürich

Anfragen an O. R. Bürgis, Vogelbuck 36, 8307 Effretikon.

Ungarn

Schluss von Seite 15

zu einer gewerkschaftlichen Gegengesellschaft führten, weit direktere Sorgen; da konnte man die wirtschaftlichen Abweichungen in Ungarn eine suspektere Sache sein lassen, die keine grosse Aufregung lohnte.

Etwas anders wurde die Sache nach Brezhnev's Tod unter Andropow und vor allem unter Gorbatschow. Nunmehr begann man sich um den ungarischen NEM (wie auch um andere spezifische Lösungen in Osteuropa) an sich zu interessieren, und zwar einfach deshalb, weil man wahrgenommen hatte, dass auch die sowjetische Wirtschaft selbst neuer Lösungen bedurfte. Der Neue Wirtschaftsmechanismus der Ungarn wurde in der sowjetischen Wirtschaftsdiskussion zu einem Traktandum, keineswegs exklusiv, aber sicher typischerweise.

Auffallend war zunächst (vor allem 1985, im ersten Jahre Gorbatschows) die kontroverse Behandlung der Thematik; der ungarische NEM wurde stärker gelobt, aber auch stärker angegriffen als zuvor. Das war unter anderem eine Gelegenheit, die innersowjetische Polemik zwischen Reformern und Antireformern (die nicht direkt ausgetragen wurde) öffentlich sichtbar zu machen und den Sack zu schlagen, wenn man den Esel meinte.

Danach kristallisierte sich immer deutlicher die Tendenz, den NEM als brauchbare Anregung für eigene Wege gelten zu lassen, als «positiven Denkanstoss», wie man im Westen sagen würde.

Für die Ungarn selbst nahm sich das Kompliment allerdings insofern zwiespältig aus, als es mit der Warnung vor einer «einseitigen Annäherung» an den Westen verkoppelt wurde. «Wenn der ungarische NEM unsere Aufmerksamkeit wert ist, dann ist er auch unsere Kontrolle wert.» Mit etwas höflicheren (und erheblich umständlicheren) Worten dieses Inhalts hat zum Beispiel der ungarische ZK-Sekretär Szürös das vorbehaltliche sowjetische Interesse an der Sache ausgedrückt, als er die «Prawda»-Berichterstattung über den ungarischen NEM zusammenfasste («Delmagyarország», Szeged, 24. 10. 1986).

Die ursprüngliche Frage, wieviel NEM die Sowjets in Ungarn dulden würden, hat sich inzwischen in die Frage verwandelt, wieviel NEM sie selber in der UdSSR einzuführen wünschen.

Von allen andern Sektoren abgesehen: Der erste Schritt in die Richtung auf Joint Ventures ist schon getan. Gemischte Gesellschaften dieser Art sollen noch in dieser Hälfte des Jahres 1987 entstehen, und das Partnerinteresse für den Ausbau der Sache ist vorhanden: den Sowjets liegen zurzeit rund 100 Offerten westlicher Firmen vor; die europäischen Industrieländer fehlen auf der Liste sowenig wie die USA und Japan. Das ideologische Dilemma bereitet den sowjetischen Reformern nicht allzu viel Kopfzerbrechen: Man müsse das Vorhaben «dialektisch statt dogmatisch» sehen, verkünden sie ihren orthodoxen Widersachern, welche mindestens diese Runde verloren haben.

Die Ungarn sehen ihren Neuen Wirtschaftsmechanismus (weitgehend) sozialistisch gerechtfertigt, aber sie laufen Gefahr, ihre Patentrechte zu verlieren. ■

Bestellschein für ZETBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6

4/87

ZETBILD

erscheint alle
zwei Wochen

Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5, Banken:
Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber
und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer,
Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner,
Michael Bader, Ulrich Arndt, Dr. Jerzy Bahr,
Beat Krättli (Peshawar)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiero
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM;
Tatsachen und Meinungen)